



Industrie fürchtet steigende Energiekosten

Energiewende. Die hohen Strompreise in Deutschland belasten die Industrie. Wenn darunter die Investitionen leiden oder einzelne energieintensive Unternehmen sogar abwandern, gerät die gesamte Wirtschaft in Mitleidenschaft – das zeigt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. 

Strom ist in Deutschland teuer, das spüren nicht nur die privaten Verbraucher. Auch die hiesige Industrie zahlt einen hohen Preis für Elektrizität, wie der Vergleich mit den europäischen Nachbarländern zeigt:

In Deutschland lag der Strompreis für industrielle Großkunden mit einem Verbrauch zwischen 20.000 und

70.000 Megawattstunden 2012 bei 10,4 Cent je Kilowattstunde – das waren über 3 Cent mehr als in Frankreich und gut 1,2 Cent mehr als im Durchschnitt aller 27 EU-Länder.

Durch die Energiewende wird der Strompreis tendenziell weiter steigen. Verantwortlich dafür ist zu einem guten Teil die EEG-Umlage,

mit der die Kosten der garantierten und über dem Marktpreis liegenden Einspeisevergütungen für regenerativen Strom auf alle Stromverbraucher verteilt werden. Die Umlage beträgt derzeit knapp 5,3 Cent je Kilowattstunde Strom. Weniger zahlen lediglich Unternehmen, deren Stromkosten einen Anteil von mehr als 14 Prozent an ihrer Bruttowertschöpfung haben (vgl. iwd 6/2013).

Welche Folgen es für die Industrie hat, wenn diese Ausnahmeregelungen abgeschafft werden oder der Strompreis aus anderen Gründen steigt – zum Beispiel, um den dringend erforderlichen Ausbau der Stromnetze zu finanzieren –, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) genauer untersucht. Die Ergebnisse der Studie:

- **Mehrkosten.** Besonders stark betroffen wären die Chemische und die Metall-Industrie, denn auf diese beiden Branchen entfällt jeweils ein Fünftel des gesamten Industrie-stromverbrauchs (Grafik Seite 2):

Ein angenommener Strompreisanstieg um 2 Cent je Kilowattstunde →

Teurer Strom: Die ganze Industrie leidet

Wenn energieintensive Unternehmen wegen zu hoher Strompreise aus Deutschland abwandern, befürchten andere Unternehmen, dass ...

in Prozent aller Unternehmen der Branche	... die Geschäfte schlechter laufen	... sich Forschungsnetzwerke auflösen
Metall-Industrie	59	35
Chemie- und Kunststoff-Industrie	39	15
Elektro-Industrie und Kfz-Bau	33	14
Maschinenbau	29	10
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	36	13

Befragung von 1.500 Unternehmen im Jahr 2012; Quelle: IW-Zukunftspanel

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · iwd 8

Inhalt

Arbeitskampfrecht. Weniger Arbeitstage gehen durch Streiks verloren. In einigen Branchen sind Tarifverhandlungen konfliktreicher als früher. Seite 3

Steuerkonzepte. Zwar sind die Programme zur Bundestagswahl noch nicht fertig, die Tendenzen in der Steuerpolitik sind jedoch erkennbar. Seite 4-5

Berufsabschlüsse. Seit April 2012 können ausländische Berufsabschlüsse in Deutschland rechtlich auf Gleichwertigkeit geprüft werden. Seite 6

Unfallversicherung. Auch 2011 gab es weniger Arbeitsunfälle, denn Berufsgenossenschaften und Unternehmen setzen vermehrt auf Prävention. Seite 7

Patente. Beim Europäischen Patentamt wurden 2012 so viele Patente angemeldet wie nie zuvor. Besonders innovativ sind die Nordeuropäer. Seite 8

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ würde der Chemie 742 Millionen Euro jährlich an zusätzlichen Kosten aufbürden, den Metall-Unternehmen 707 Millionen.

• **Investitionsschwäche und Kapitalchwund.** Für Unternehmen, die energieintensiv produzieren, ist die Situation in Deutschland ohnehin schon schwierig. Das zeigt die ausgesprochen schwache Investitionstätigkeit: Seit dem Jahr 2000 haben die energieintensiven Branchen Metall, Chemie, Glas, Keramik, Steine und Erden sowie Papier fast durchgängig weniger investiert, als nötig gewesen wäre, um die Abnutzung ihrer Produktionsstätten auszugleichen.

So deckten die Gesamtinvestitionen der energieintensiven Industrie im Durchschnitt der Jahre 2000 bis

2010 nur 85 Prozent ihrer Abschreibungen, während die übrigen Unternehmen immerhin 99 Prozent des Kapitalverschleißes kompensierten. Steigt der Strompreis hierzulande infolge der Energiewende weiter an, könnte sich dieser schleichende Desinvestitionsprozess in den energieintensiven Branchen beschleunigen.

• **Die übrige Wirtschaft gerät in Mitleidenschaft.** Rund 80 Prozent der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes haben enge Lieferbeziehungen mit der energieintensiven Industrie und etwa 40 Prozent arbeiten mit ihr in Netzwerken zusammen, vor allem in der Forschung und Entwicklung. Es hätte also Folgen, sollte das eine oder andere energieintensive Unternehmen wegen der hohen Strompreise beispielsweise nach Frankreich, in den Nahen Osten oder in die USA abwandern: Ein Drittel der Industriefirmen befürchtet für diesen Fall schlechtere Geschäfte, wie eine Befragung von 1.500 Unternehmen für das IW-Zukunftspanel im Jahr 2012 ergab. Besonders groß sind die Sorgen in der Metall-Industrie (Grafik Seite 1):

Grüne Chancen

Die Energiewende hat nicht nur Verlierer, sondern auch Gewinner: zum Beispiel Unternehmen, die Windturbinen oder stromsparende Geräte herstellen. Immerhin gut 41 Prozent der Industriefirmen sehen in der Energiewende Chancen. Neben den erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz eröffnen Bauleistungen wie Wärmedämmung geschäftliche Perspektiven. Spezifische Beratungsleistungen, etwa zur Green-IT, machen die Energiewende auch für Dienstleister interessant.

Knapp 60 Prozent der Betriebe gehen davon aus, dass sie bei Abwanderung von Zulieferern geschäftlich unter Druck geraten; etwa ein Drittel der Metall-Firmen schätzt, dass sich Forschungsverbände auflösen.

Gerade solche Kooperationen mit energieintensiven Unternehmen scheinen für viele Firmen ertragreich: 70 Prozent schätzen die innovativen Impulse, die davon ausgehen. Mit Unternehmen, die ihren Sitz im Ausland haben, würden knapp 13 Prozent der Industrie keine gemeinsamen Entwicklungen anstreben.

Information
IW-Positionen Nr. 58
 Hubertus Bardt,
 Hanno Kempermann:
 Folgen der Energiewende für die deutsche Industrie, Köln 2013, 42 Seiten, 11,80 Euro
 Versandkostenfreie Bestellung unter:
www.iwmedien.de/bookshop

Industrie: Strompreisanstieg kostet Milliarden

Wenn sich der Strom für die deutsche Industrie durch die Energiewende um 2 Cent je Kilowattstunde verteuern würde, stiegen die jährlichen Produktionskosten **um so viele Millionen Euro**

Stromverbrauch 2010 in Millionen Megawattstunden

Verarbeitendes Gewerbe insgesamt

3.909 195,4



Chemische Erzeugnisse	742	37,1
Metallerzeugung/-bearbeitung	707	35,3
Kraftwagen und Kraftwagenteile	326	16,3
Papier, Pappe sowie Papier- und Papp-Erzeugnisse	295	14,7
Gummi- und Kunststoffwaren	269	13,5
Nahrungs- und Futtermittel	269	13,5
Glas, Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	251	12,5
Metall-Erzeugnisse	236	11,8

Maschinenbau	217	10,8
Elektrische Ausrüstungen	104	5,2
Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	88	4,4
Geräte zur Datenverarbeitung, elektronische und optische Erzeugnisse	83	4,1
Druckerzeugnisse, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	53	2,6
Kokerei und Mineralölverarbeitung	42	2,1
Getränke	41	2,0
Textilien	40	2,0

Branchen mit einem Anteil von mehr als 1 Prozent am Stromverbrauch des Verarbeitenden Gewerbes; die nicht aufgeführten Branchen kommen zusammen auf einen Anteil von knapp 4 Prozent; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Der Staat drückt sich

Arbeitskampfrecht. Zwar gehen in Deutschland immer weniger Arbeitstage durch Arbeitskämpfe verloren, dennoch sind die Tarifverhandlungen in einigen Branchen konfliktreicher als je zuvor. Mängel im Arbeitskampfrecht könnten diese Tendenz sogar noch verstärken. 

Als IG Metall und Co. im Jahr 1984 für die Einführung der 35-Stunden-Woche stritten, fielen in Deutschland noch 5,6 Millionen Arbeitstage durch Arbeitskämpfe aus. Mittlerweile wird deutlich weniger gestreikt (Grafik):

Im Jahr 2011 gab es lediglich 72.000 streikbedingte Ausfalltage.

Trotzdem ist das Verhandlungsklima in einigen Branchen deutlich rauer geworden. Zwar gehören Streiks und Aussperrungen zur grundgesetzlich garantierten Koalitionsfreiheit. Die Tarifautonomie basiert jedoch darauf, dass die Machtverhältnisse zwischen den Tarifparteien ausgeglichen sind – und nur dann kann sich der Staat aus den Tarifverhandlungen raushalten.

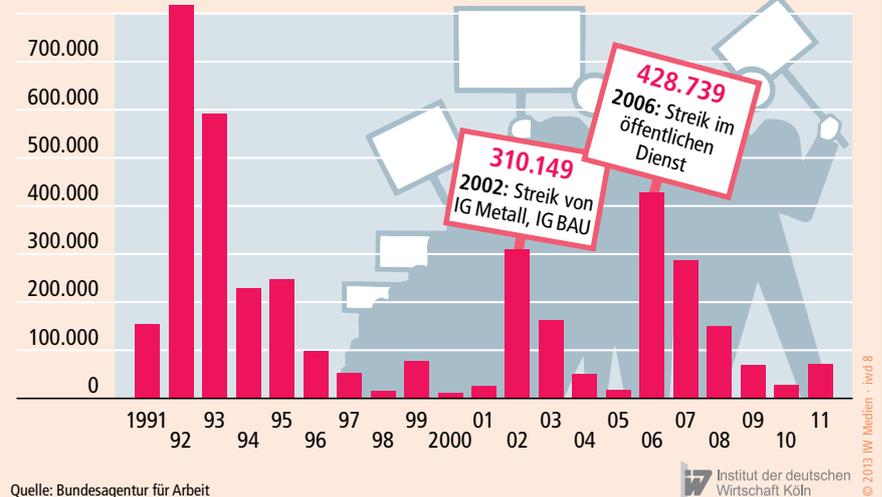
Dazu müsste der Gesetzgeber allerdings einen geeigneten rechtlichen Ordnungsrahmen schaffen. Dieser Aufgabe entzieht er sich bislang – es gibt keine gesetzlichen Regeln dafür, in welchem Rahmen und Umfang Streiks oder Aussperrungen stattfinden dürfen. Zurzeit entscheiden darüber ausschließlich die Richter.

Ein wirksamer Ordnungsrahmen ist aus zwei Gründen wichtig:

1. Die sogenannte Verhältnismäßigkeit von Streiks ist rechtlich weitgehend unbestimmt und muss in jedem Einzelfall geprüft werden.

Weniger Arbeitskämpfe

Durch Streiks und Aussperrungen verlorene Arbeitstage in Deutschland



Das führt zu unnötiger Rechtsunsicherheit. Bei mehreren Tarifkonflikten kleinerer Spartenorganisationen gab es zum Beispiel einstweilige Verfügungen durch den Arbeitgeber gegen angekündigte Streiks. Die Gewerkschaft der Flugsicherung (GdF) wurde sogar mehrfach von Fluggesellschaften auf Schadensersatz verklagt.

2. Die Rechtsprechung passt ihre Grundsätze den veränderten Rahmenbedingungen an. Das ist zwar richtig, kann aber das Machtgleichgewicht zwischen den Tarifparteien stören. Das zeigt sich in der Rechtsprechung zu den Unterstützungstreiks: Bei diesen unterstützen Arbeitnehmer den Hauptstreik anderer Arbeitnehmer, um den wirtschaftlichen Druck auf deren Arbeitgeber zu verstärken. So sind etwa die Fluglotsen wiederholt den Vorfeldlotsen beigesperrt. Das war lange Zeit unzulässig, 2007 machte das Bundesarbeitsgericht eine Kehrtwende.

Kritisch ist auch, dass die Rechtsprechung den Grundsatz der Ta-

rifeinheit – pro Betrieb nur ein Tarifvertrag – aufgegeben hat. Dadurch können sich durchsetzungsstarke Berufsgruppen leichter von einer eigenen Spartenorganisation vertreten lassen. Diese Konkurrenz unter den Gewerkschaften kann dabei Neideffekte schüren und somit die Konfliktbereitschaft erhöhen.

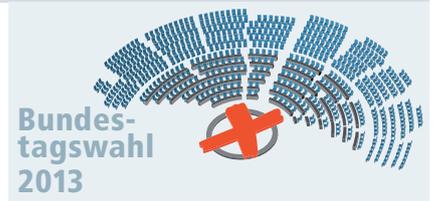
Der Gesetzgeber sollte deshalb die Gewerkschaftskonkurrenz regeln. Die Arbeitnehmervertreter könnten zum Beispiel verpflichtet werden, für ein Unternehmen Tarifgemeinschaften zu bilden oder eine repräsentative Gewerkschaft zu wählen, deren Tarifabschlüsse von den konkurrierenden Arbeitnehmerbünden übernommen werden.



IW-Analysen Nr. 86

Hagen Lesch: Ökonomik des Arbeitskampfrechts, Köln 2013, 110 Seiten, 19,90 Euro

Versandkostenfreie Bestellung unter: www.iwmedien.de/bookshop



Wohin die Parteien steuern

Steuerkonzepte. Noch sind die Programme zur Bundestagswahl nicht ganz fertig, aber die Grundtendenzen der steuerpolitischen Vorstellungen sind klar erkennbar: CDU/CSU und FDP setzen auf moderate Entlastungen, SPD, Grüne und Linke wollen die Steuern dagegen massiv erhöhen.

Für Jean-Baptiste Colbert war die Sache ganz einfach: Die Kunst der Besteuerung bestand für den Finanzminister des Sonnenkönigs Ludwig des XIV. darin, die Gans so zu rupfen, dass man möglichst viele Federn bei möglichst wenig Geschrei erhält. Was Colbert allerdings nicht bedachte: Wenn es der Gans schlecht geht und sie friert, wird sie immer magerer und legt irgendwann überhaupt keine Eier mehr.

Auch 300 Jahre später sollte man die Gans, die goldene Eier legt, nicht schlachten. Doch ein Blick auf die Steuerpläne zeigt, dass das offenbar noch nicht alle Parteien erkannt haben (Tableau Seite 5):

- **Union und FDP** wissen, dass Steueränderungen immer mit Verhaltensänderungen einhergehen. Denn wer zu stark gerupft wird, der macht den Depardieu und zieht ins Ausland oder schraubt seine Leistung zurück. Deshalb wollen die Regierungsparteien nur geringfügige Änderungen am Steuerrecht vornehmen.

Das ist insofern plausibel, als sich Deutschland inzwischen zu einem attraktiven Wirtschafts- und Steuerstandort entwickelt hat. Dazu beigetragen haben nicht zuletzt die Steuerreformen um die Jahrtausendwende – zu nennen sind hier explizit die Senkung der Einkommens- und Körperschaftssteuersätze. Und:

Die Steuereinnahmen erreichten 2012 mit rund 600 Milliarden Euro ein Rekordniveau. Sofern die Politik

keine zusätzlichen Ausgaben erfindet, gibt es also keinen Bedarf für zusätzliche Einnahmen.

Außerdem prognostizieren die Steuerschätzer, dass die gesamtwirtschaftliche Steuerquote bis zum Jahr 2017 um rund 1 Prozentpunkt auf 23 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen wird. Der Staat erhält also auch ohne Steuererhöhungen einen immer größeren Anteil an der Wirtschaftsleistung.

Die Union fordert allerdings eine Finanztransaktionssteuer. Dieses ursprünglich EU-weit angedachte Projekt steht auch im CDU-Parteiprogramm.

- **SPD, Grüne und Linke** wollen ebenfalls eine Finanztransaktionssteuer. Darüber hinaus setzen die

Oppositionsparteien ganz allgemein auf höhere Steuern, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Ihr Ziel ist eine stärkere Umverteilung von Einkommen und Vermögen, auch wenn dies zulasten der Arbeits- und Investitionsanreize geht.

Daher wollen alle drei Parteien den Einkommenssteuerspitzensatz erhöhen. Grüne und SPD wollen von jedem zu versteuernden Euro, der über 80.000 bzw. 100.000 Euro hinausgeht, 49 Prozent abkassieren. Die Linke setzt die Einkommensgrenze noch niedriger an und nimmt dabei in Kauf, dass selbst normale Akademiker zusätzlich zur Kasse gebeten werden – ab 65.000 Euro zu versteuerndem Einkommen soll ein Steuersatz von 53 Prozent gelten.

Außerdem wollen die drei Oppositionsparteien an das Vermögen von Privatleuten und Unternehmen heran. Vorgesehen ist bei SPD und Grünen eine Steuer von 1 Prozent, die zusätzlich zur Körperschafts-, Gewerbe- und Einkommenssteuer und Solidaritätszuschlag erhoben werden soll. Dabei unterstellen die Befürworter einer Vermögenssteuer, dass der Ertrag einer Investition stets ausreicht, die Steuer zu bezahlen.

Das klappt aber nur, wenn der Zinssatz bei einer privaten Kapitalanlage über 1,4 Prozent liegt und wenn bei Unternehmen die Vorsteuerrendite höher ist als 1,7 Prozent. Ansonsten würde die Vermögenssteuer langfristig die Steuerbasis vernichten (Grafik).

Laut SPD und Grünen soll die Vermögensbesteuerung jährliche Einnahmen von 10 bis 11 Milliarden Euro bringen.

Vermögenssteuer: Was Kapitalgesellschaften zahlen würden

Lesebeispiel: Bei einer Investition addieren sich Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und 1 Prozent Vermögenssteuer für Unternehmen und Anteilseigner bei einer Rendite von 5 Prozent auf 66,7 Prozent des Bruttoertrags.

Rendite	Steuerbelastung
10	58,0
5	66,7
2	92,8
1	136,2

Eine Beispielrechnung siehe iwD 43/2012

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwD 8

Scharfe Gegensätze

Steuerprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich

					
Einkommenssteuer	<ul style="list-style-type: none"> Abschaffung der kalten Progression durch regelmäßige Anhebung der Einkommensgrenzen Weiterentwicklung des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting 	<ul style="list-style-type: none"> Abschaffung der kalten Progression durch regelmäßige Anhebung der Einkommensgrenzen Abschaffung der Steuerklasse V Bürokratieabbau 	<ul style="list-style-type: none"> Einführung einer zusätzlichen Progressionszone ab 64.000 Euro, die in einen Spitzensatz von 49 Prozent ab 100.000 Euro mündet Reform des Ehegattensplittings Erhöhung der Abgeltungssteuer auf 32 Prozent 	<ul style="list-style-type: none"> Anhebung des Grundfreibetrags auf 8.500 Euro Verlängerung der Progressionszone bis 60.000 Euro bei einem Steuersatz von 45 Prozent Einführung einer zusätzlichen Progressionszone, die in einen Spitzensatz von 49 Prozent ab 80.000 Euro mündet Reform des Ehegattensplittings 	<ul style="list-style-type: none"> Anhebung des Grundfreibetrags auf 9.300 Euro Spitzensatz von 53 Prozent ab 65.000 Euro Einführung einer Millionärssteuer von 75 Prozent Abschaffung des Ehegattensplittings Abschaffung der Abgeltungssteuer
Vermögenssteuer/ Vermögensabgabe			<ul style="list-style-type: none"> Wiedereinführung mit einem Steuersatz von 1 Prozent und Steuerpflicht für Unternehmen Freibetrag 2 Millionen Euro (nur der darüber hinausgehende Betrag muss versteuert werden), für Unternehmen Freigrenze von 200.000 Euro (sollte das Vermögen höher als die Freigrenze ausfallen, muss alles versteuert werden) 	<ul style="list-style-type: none"> Vermögensabgabe von 10 Prozent, die über 10 Jahre, also mit einem Satz von 1 Prozent jährlich, gezahlt werden soll. Unternehmen zahlen maximal 35 Prozent des Gewinns an das Finanzamt, Freibetrag 1 Million Euro 	<ul style="list-style-type: none"> Vermögensabgabe Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit einem Steuersatz von 5 Prozent bei Steuerpflicht der Unternehmen, Freibetrag 1 Million Euro
Erbschaftssteuer		<ul style="list-style-type: none"> Aufkommensneutrale Weiterentwicklung und Vereinfachung 	<ul style="list-style-type: none"> Reformen geplant 	<ul style="list-style-type: none"> Erhöhung des Steuersatzes und Verdopplung der Einnahmen 	<ul style="list-style-type: none"> Anhebung der Steuereinnahmen durch Senkung des Freibetrags auf 150.000 Euro
Körperschaftssteuer	<ul style="list-style-type: none"> Bürokratieabbau Größere Neutralität des Steuersystems hinsichtlich Finanzierungsentscheidungen 	<ul style="list-style-type: none"> Bürokratieabbau Besteuerung kleiner und mittelständischer GmbHs wie Personunternehmen Reform der Konzernbesteuerung (Gruppenbesteuerung) 		<ul style="list-style-type: none"> Bürokratieabbau Volle Steuerpflicht von Veräußerungsgewinnen Begrenzung des Betriebsausgabenabzugs für Gehälter auf maximal 500.000 Euro pro Jahr 	<ul style="list-style-type: none"> Anhebung auf 25 Prozent Volle Steuerpflicht von Veräußerungsgewinnen
Gewerbesteuer		<ul style="list-style-type: none"> Umwandlung in ein kommunales Einkommens- und Körperschaftssteuersystem Abschaffung der Hinzurechnung von gezahlten Mieten, Pachten etc. 			<ul style="list-style-type: none"> Umwandlung in Gemeindefinanzierungssteuer Weitergehende Steuerpflicht von gezahlten Mieten und Pachten Einbeziehung von Selbstständigen und Freiberuflern
Sonstiges	<ul style="list-style-type: none"> Steuerliche Forschungsförderung Finanztransaktionssteuer 	<ul style="list-style-type: none"> Steuerliche Forschungsförderung 	<ul style="list-style-type: none"> Finanztransaktionssteuer 	<ul style="list-style-type: none"> Finanztransaktionssteuer 	<ul style="list-style-type: none"> Finanztransaktionssteuer

Anerkennung läuft an

Berufsabschlüsse. Wer einen ausländischen Berufsabschluss erworben hat, kann diesen in Deutschland seit April 2012 rechtsverbindlich bewerten und mit einem deutschen Referenzberuf vergleichen lassen. Noch wird allerdings wenig Gebrauch davon gemacht, wie eine erste Bilanz zeigt.

In Deutschland gibt es nicht nur zu wenige Ingenieure, sondern auch viel zu wenige Elektroinstallateure und Krankenschwestern. Insgesamt fehlt es an vielen Absolventen von Aus- und Weiterbildungen:

Im Mai 2012 gab es in 57 Berufsfeldern für beruflich qualifizierte Fachkräfte mehr offene Stellen als entsprechende Bewerber.

Unter dem Strich waren seinerzeit 225.000 Stellen für Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung ausgeschrieben – bei den zeitgleich insgesamt nur zehn Engpassberufen für Akademiker gab es dagegen lediglich 52.000 Vakanzen.

Um den Mangel an beruflich Qualifizierten zu lindern, ist seit April 2012 das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) in Kraft. Dieses „Anerkennungsgesetz“ gewährt jedem, der im Ausland einen Berufsabschluss erworben hat, einen Rechtsanspruch darauf, dass sein Abschluss bewertet und in das deutsche Qualifizierungssystem eingeordnet wird. Da in Deutschland mehr als zwei Millionen Menschen leben, die einen Beruf im Ausland erlernt haben, müsste der Andrang eigentlich enorm sein.

Tatsächlich aber ist die Nachfrage der Migranten nach diesem Angebot noch sehr verhalten, wie eine erste Bilanz der Kammerorganisationen zeigt, die für die Umsetzung und Bewertung der ausländischen Berufsqualifikationen zuständig sind:

- Bei den Handwerkskammern sind innerhalb von sechs Monaten 1.308 Anträge auf ein Gleichwertigkeitsfeststellungsverfahren eingetrudelt,

Portale als Türöffner

Informationen über ausländische Berufsbildungssysteme und Berufsqualifikationen gibt es auch im Internet – zum Beispiel im BQ-Portal, das vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln aufgebaut wurde. Dieses Portal unterstützt die Kammern bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und hilft interessierten Unternehmen weiter. Derzeit findet man in der BQ-Datenbank 20 Länderprofile und mehr als 330 übersetzte Berufsprofile. Auf großes Interesse stößt auch das Portal „Anerkennung in Deutschland“, das seit der Freischaltung im April 2012 bereits mehr als eine viertel Million Besucher – davon rund 40 Prozent aus dem Ausland – verzeichnete.

www.bq-portal.de
www.anererkennung-in-deutschland.de

denen Abschlüsse aus 75 Ländern zugrunde lagen. Genau 274 Anträge wurden bereits entschieden, mehr als 90 Prozent mit positivem Bescheid.

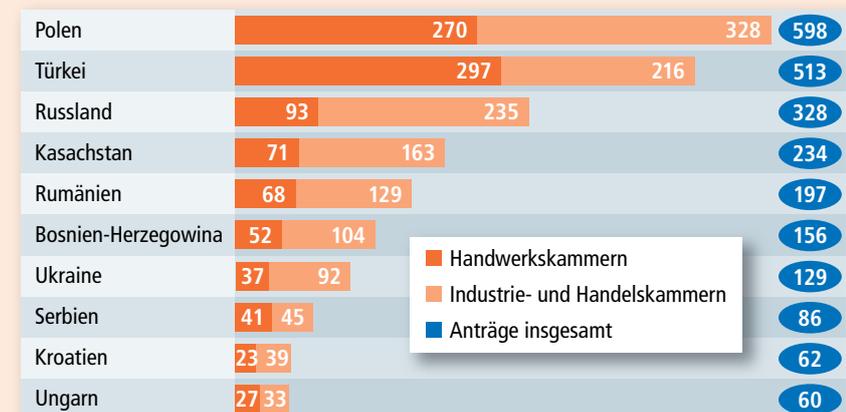
- Die IHK FOSA in Nürnberg, die für 77 der 80 deutschen Industrie- und Handelskammern die Anerkennung organisiert, zählte bis Januar 2013 insgesamt 1.759 Anträge aus 93 Ländern. Beschieden wurden bislang 645 Anträge, von denen 455 die volle und 190 eine teilweise Gleichwertigkeit mit einem deutschen Referenzberuf erhielten, wobei dies meist kaufmännische sowie Metall- und Elektro-Berufe sind.

Bislang haben vor allem Osteuropäer einen Anerkennungsantrag gestellt, insbesondere beruflich Qualifizierte mit einem polnischen oder russischen, aber auch mit einem türkischen Abschluss (Grafik).

Weil viele Migranten ihren Berufsabschluss vor längerer Zeit erworben haben – die meisten vor 15 oder noch mehr Jahren –, sieht das Gesetz zudem vor, auch Zeiten der Berufserfahrung zu berücksichtigen.

Ausländische Abschlüsse anerkannt

Seit April 2012 kann ein im Ausland erworbener Berufsabschluss in Deutschland von den Kammern rechtlich auf Gleichwertigkeit geprüft werden. Bislang haben vor allem Osteuropäer einen entsprechenden Antrag gestellt.



Stand: November 2012 (Handwerkskammern) bzw. Januar 2013 (Industrie- und Handelskammern); 10 Länder mit den meisten Anträgen; Quellen: Zentralverband des Deutschen Handwerks, IHK FOSA

Erfolgreiche Zusammenarbeit

Unfallversicherung. Der Trend zu immer weniger Arbeitsunfällen hat sich 2011 fortgesetzt – auch, weil sich Berufsgenossenschaften und Unternehmen in Sachen Prävention gemeinsam ins Zeug legen.

Mit 25,8 gemeldeten Arbeitsunfällen je 1.000 Vollzeitbeschäftigten wurde 2011 der zweitniedrigste Wert seit der Wiedervereinigung erreicht (Grafik). Zwar hat sich die Sicherheitslage nicht in allen Branchen weiter verbessert, doch insgesamt ist die Entwicklung auf längere Sicht gesehen beeindruckend:

Im Vergleich zu 1990 hat sich das Unfallrisiko am Arbeitsplatz halbiert.

Dies ist nicht zuletzt den Berufsgenossenschaften zu verdanken. Als Träger der gesetzlichen Unfallversicherung zahlen sie nicht nur, wenn bei der Arbeit etwas passiert ist. Die Experten helfen auch, Unfällen vorzubeugen – etwa mit Richtlinien und Empfehlungen zum sicheren Umgang mit gefährlichen Stoffen oder Maschinen, zum Brandschutz oder zur ergonomischen Gestaltung der Arbeitsplätze.

Allein in den Berufsgenossenschaften der gewerblichen Wirtschaft kümmert sich fast die Hälfte der knapp 4.300 Beschäftigten in den Beratungs- und Aufsichtsdiensten darum, dass die Sicherheitsrichtlinien in den Betrieben eingehalten werden – im Jahr 2011 gab es dazu mehr als 509.000 Ortstermine.

Dies kommt zum einen den Beschäftigten in den Firmen zugute. Zum anderen profitieren die Arbeitgeber, denn sie werden, sofern sie sich an die Sicherheitsvorschriften

Die Arbeit wird sicherer

Gemeldete Arbeitsunfälle je 1.000 Vollzeitbeschäftigte in der gewerblichen Wirtschaft



1990: nur Westdeutschland

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien – iwd 8 – Foto: Christian Albert/MEY

Nach Berufsgenossenschaften	2010	2011
Bauwirtschaft	66,5	63,7
Transport und Verkehr	42,9	43,3
Holz und Metall	42,6	43,1
Nahrungsmittel und Gaststätten	40,1	37,8
Handel und Warendistribution	26,9	27,0
Energie, Textil, Elektro, Medienerzeugnisse	21,8	20,8
Rohstoffe und chemische Industrie	19,2	18,8
Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege	15,7	15,5
Verwaltung	15,8	15,0

halten, vor möglichen Haftpflichtansprüchen geschützt.

All diese Leistungen kosten eine Menge Geld:

Im Jahr 2011 belief sich der Etat der Berufsgenossenschaften auf insgesamt 13,1 Milliarden Euro.

Gut 40 Prozent davon flossen in Renten und Abfindungen, etwas mehr als ein Viertel in Heilbehandlungen und Rehabilitationsmaßnahmen. Die Unfallprävention beanspruchte dagegen mit gut 7 Prozent nur einen relativ kleinen Teil. Der Grund: Viele vorbeugende Maßnahmen schultern die Unternehmen selbst, indem sie in neue Maschinenteknik, ergonomische Bürostühle und Gesundheitsdienstleistungen investieren.

Anders als bei der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung finanzieren die Unternehmen die gesetzliche Unfallversicherung allein. Der Beitrag richtet sich nach der Gefahrenklasse, in die ein Betrieb einge-

stuft wird. Im Jahr 2011 mussten die Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft im Durchschnitt 1,3 Prozent ihrer Entgeltsumme zahlen.

Risikofaktor Sport

In der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG) sind auch Profisportler versichert. Anders als bei „normalen“ Arbeitnehmern werden aber die Beiträge für bezahlte Leichtathleten oder Skifahrer nicht in vollem Umfang an das steigende Unfallrisiko angepasst (außer bei Fußballern). Das Bundesarbeitsministerium hat stattdessen zusammen mit der VBG durchgesetzt, dass rund ein Drittel der bis 2016 ursprünglich vorgesehenen Beitragserhöhung nicht in Kraft tritt. Für die dadurch entstehenden Mehrkosten kommen aber nicht etwa die Steuerzahler oder die Gemeinschaft aller Unfallversicherten auf, sondern vielmehr alle Mitglieder der VBG. Allein die Unternehmen der Zeitarbeitsbranche müssen so ein Drittel der zusätzlichen Kosten schultern.

258.000 Ideen

Patente. Das Europäische Patentamt (EPA) verzeichnete 2012 einen neuen Anmelderekord. Als besonders innovationsstark erwiesen sich die nordeuropäischen Länder. Aber auch ein südeuropäisches Krisenland konnte zeigen, was in ihm steckt.

Aus den klugen Köpfen scheint es derzeit nur so herauszusprudeln: Allein im vergangenen Jahr reichten Entdecker und Tüftler aus aller Welt insgesamt 258.000 Erfindungen beim Europäischen Patentamt in München ein – das waren fast 20.000 Anträge mehr als 2011 und damit ein neuer Rekord.

Vor allem internationale Unternehmen haben den europäischen Markt für sich entdeckt: Fast zwei Drittel der Patentanmeldungen stammen mittlerweile aus Drittstaaten – im Jahr 2000 waren es noch weniger als die Hälfte.

Die meisten Patentanmeldungen, fast ein Viertel, kommen aus den

USA. Dahinter folgt Japan mit knapp 20 Prozent. An dritter Stelle steht Deutschland, das rund 13 Prozent der schützenswerten Ideen einreicht. Aus China kommen rund 7 Prozent der Anträge, aus Südkorea annähernd 6 Prozent.

Setzt man die Zahl der Patentanmeldungen eines Landes allerdings ins Verhältnis zu den Einwohnern, ergibt sich ein anderes Erfinder-Ranking (Grafik):

Demnach ist die Schweiz das ideenreichste Land, gefolgt von Finnland und Schweden.

Deutschland landet bei dieser Betrachtung mit 423 Patentanmeldungen je 1 Million Einwohner auf Platz 4. Die meisten südeuropäischen Länder scheinen derzeit nur geringe Kapazitäten für Erfindungen aufzubringen – mit Ausnahme Portugals. Zwar landete das Euro-Krisenland mit 13 EPA-Patentanmeldungen je 1 Million Einwohner 2012 noch auf einem unterdurchschnittlichen Niveau, doch im Vergleich zu 2011 konnte Portugal ein Plus von 10 Prozent erzielen – eine der höchsten Wachstumsraten im internationalen Vergleich.

Die Ursache für Portugals Performance ist ein umfangreiches Maßnahmenpaket aus steuerlicher Förderung von Forschung und Entwicklung sowie staatlicher Innovations-



Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN. WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.